SPD Augsburg direkt

2020 | Nr. 3

Bild: Angelika Lonnemann

Liebe Genossen und Genossinnen,
liebe Freunde der SPD Augsburg,

bei allen Einschränkungen, die wir alle in den vergangenen Wochen und Monaten erleben mussten, können wir festhalten, dass wir in Deutschland einen funktionierenden Sozialstaat haben. Viele andere Länder beneiden uns deswegen. Allein das Kurzarbeitergeld, das bis Ende 2021 verlängert wurde, ist ein großartiges Instrument für die Gesellschaft, die Wirtschaft und jeden einzelnen Betroffenen. Wir haben in den vergangenen Jahren so sorgfältig gewirtschaftet, dass wir heute die Mittel haben, um Unterstützung dort zu leisten, wo sie gebraucht wird.

Wir sind als SPD solidarisch mit allen, die Einbußen haben oder durch die Pandemie in erheblicher Weise beruflich gefordert sind. Wer pflegt, wer den Müll wegschafft oder bei den Bürgern etwa die Maskenpflicht durchsetzen muss, der hat mehr als Applaus verdient!

Augsburg als Industriestandort ist derzeit gefährdet. KUKA, Premium Aerotec, Renk und MT Aerospace waren und sind in den Schlagzeilen, weil die Konzerne sparen und deswegen Personal abbauen wollen. Unser Titelbild entstand bei der großen Demonstration „Fünf vor Zwölf", bei der wir gemeinsam mit den Beschäftigten bei MAN Energy Solutions gegen den Abbau von 1800 Arbeitsplätzen demonstriert haben. Wir müssen alles dafür tun, dass Augsburg zum Standort für neue Formen der Energiegewinnung und –speicherung wird. Wasserstoff oder lithiumfreie Batterien – für beide Themen hat Augsburg beste Rahmenbedingungen.

Bleibt gesund und solidarisch.

Freundschaft

Ulrike Bahr, MdB
Vorsitzende

SPD Augsburg
Ehemaliger OB Breuer feierte 90sten 2
Fünf vor zwölf bei MAN Energy Solutions 2
Gedenken an Bebo Wager 3

Bundestag
Stellenabbau nicht hinnehmbar! 4
Politik im Biergarten 5
Corona-Sommer-Tour 5
Grundrente kommt zum 1. Januar 6
Moria: Geflüchtete aufgenommen 6

Landtag
Wirecard-Skandal 8
Foulspiel der Staatsregierung 9
Olaf Scholz Kanzlerkandidat? Ja! 9

Stadtrat
Kostenexplosion Staatstheater 10
Nahverkehr ist Verlierer 10
Digitalisierung an Schulen 11

Bezirkstag
Angehörige schwerbehinderter Kinder 12
Inklusionshotel einsmehr eröffnet 12

Ehemaliger OB Breuer feierte 90. Geburtstag

Wir alle denken gerne an die Zeit zurück, als Hans Breuer als Oberbürgermeister Augsburg führte und prägte. Er hat es verstanden, ausgleichend zu wirken und alle BürgerInnen mitzunehmen. Hans Breuer war der zweite SPD-Oberbürgermeister der Stadt Augsburg und hatte das Amt von 1972 bis 1990 inne. Als oberschlesischer Heimatvertriebener hatte er wie viele Flüchtlinge und Vertriebene in Schwaben mit Vorurteilen zu kämpfen. Eng verbunden mit seinem Amt in Augsburg ist die prachtvolle 2000-Jahr-Feier im Jahr 1985, das Entstehen des Zentralklinikums und der Universität Augsburg. Als Sportreferent war es ihm gelungen, den olympischen Kanuwettbewerb 1972 nach Augsburg zu holen. Die ganze SPD Augsburg wünscht Hans Gesundheit und noch viele schöne Jahre.

Das Archivbild zeigt Hans Breuer 2017 zwischen MdB Ulrike Bahr und dem Ehepaar Sieghard und Jutta Schramm.

MAN Energy Solutions: Fünf vor Zwölf

Durch die Corona-Pandemie ist die Nachfrage nach großen Schiffsmotoren eingebrochen. Auswirkungen davon betreffen auch Augsburg. Die MAN Energy Solutions hatte angekündigt, hier am Standort bis zu 1800 Stellen abzubauen. Die IG Metall rief daraufhin zu einer Kundgebung auf, zu der unter Einhaltung aller Pandemieregeln eine beeindruckend große Anzahl von Menschen kamen. Auch viele GenossInnen der SPD reihten sich in den sogenannten „Mittagsspaziergang um 5 vor 12“ ein und solidarisierten sich mit den Beschäftigten bei der MAN, darunter die Stadträte Florian Freund und Dirk Wurm und die SPD-Vorsitzende von Augsburg, Ulrike Bahr. Auch Beschäftigte von SGL, Faurecia, Kuka, MAN Roland und Premium Aerotec liefen im Demonstrationszug mit.

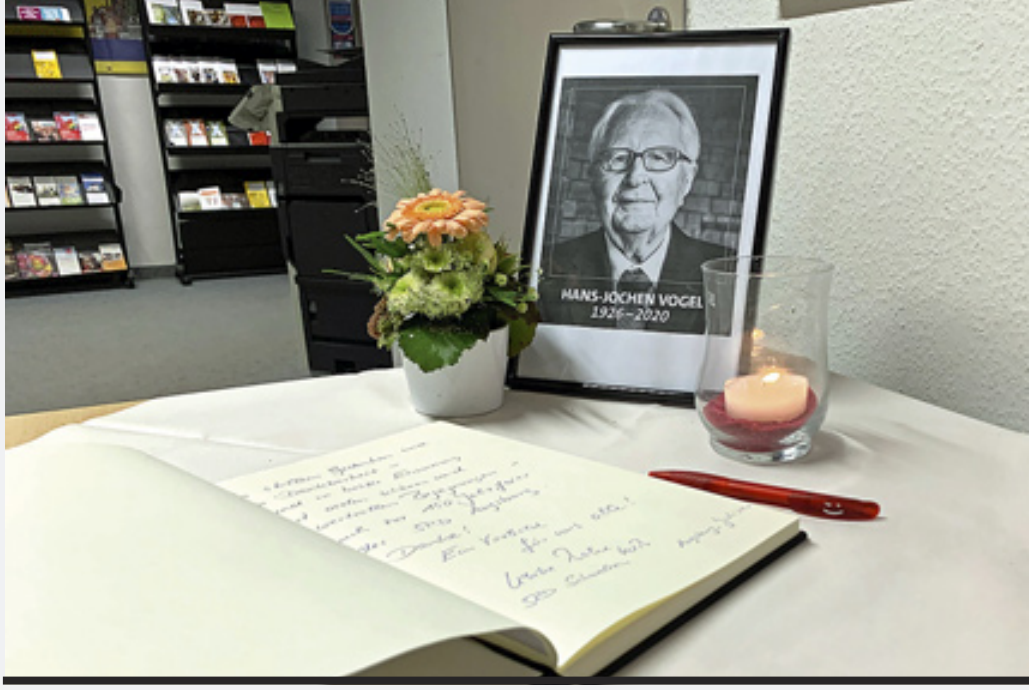
Angela Steinecker, Florian Freund, Dirk Wurm und Ulrike Bahr solidarisierten sich mit den Beschäftigten bei MAN Energy Solutions.

Alles Gute zum 80.!

Wir gratulieren Will Leichtle zum 80. Geburtstag! Der ehemalige Stadtrat und Landtagsabgeordnete hat sich erst im Mai diesen Jahres aus der aktiven Politik zurückgezogen, nachdem er 38 Jahre im Stadtrat und 22 Jahre im Landtag für die SPD aktiv war. Leichtle war von 1980 bis 1987 Finanzreferent in der Stadtregierung, bevor er in den Landtag gewählt wurde. Er ist noch in etlichen Organisationen und Vereinen engagiert, unter anderem in der Arbeiterwohlfahrt. Das neue Mehrgenerationenhaus im Herzen Inningens wäre ohne sein Zutun nicht entstanden!

Bilder Seite 2: Annabell Fiebiger, Angelika Lonnemann

In Memoriam Hans-JochenVogel



Im Juli starb Hans-Jochen Vogel im Alter von 94 Jahren. Die SPD hat mit ihm ein Vorbild an Anstand, Integrität und Verlässlichkeit verloren. Mutiges Handeln aus Verantwortung zieht sich wie ein roter Faden durch sein Leben. Die SPD hat einen Freund verloren, auf dessen Leben wir stolz zurückblicken. Ob als SPD-Vorsitzender, als Oberbürgermeister oder als Bundesminister - Hans-Jochen war auch bei vielen Augsburger GenossInnen sehr beliebt. Davon zeugen die Einträge ins Kondolenzbuch, das in der Geschäftsstelle der SPD in der Schaezlerstraße ausgelegt war.

Gedenken an Bebo Wager

Auch 77 Jahre nach dem Tod von Bebo Wager zählt jede einzelne Stimme, wenn es darum geht, entschieden Stellung gegen Rechts zu beziehen. Bebo Wager war bis zu seinem Tod am 12. August 1943 einer der führenden Köpfe des sozialdemokratischen Widerstands gegen das Nazi-Regime in Schwaben. An seinem Todestag hat die SPD Augsburg gemeinsam mit der AWO Schwaben in einer Gedenkfeier an sein Leben und seinen Tod erinnert. „Wir alle sind und bleiben in der Verantwortung, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamhass und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Das betrifft die große Politik genauso wie unseren Alltag“, so die Vorsitzende der SPD Augsburg, Ulrike Bahr.

MdL Harald Güller, Brigitte Protschka (AWO), MdB Ulrike Bahr, Bezirksrat Volkmar Thumser

Ulrike Bahr mit Erwin Bauch und Sunday Olaniyan

Ehrung und Herzlich Willkommen

Während des Sommerfrühschoppens der SPD Hammerschmiede wurde Erwin Bauch für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Er war viele Jahr bei den Falken aktiv. Rechts im Bild ist Sunday Temi Olaniyan, dem die Vorsitzende Ulrike Bahr sein neues Parteibuch überreichte. Herzlich willkommen in der SPD, lieber Sunday!

V.i.S.d.P.: Ulrike Bahr,
Vorsitzende der SPD Augsburg
Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg
Telefon 0821 65054412
mail@ulrike-bahr.de
www.spd-augsburg.de

Bilder Seite 3: Angelika Lonnemann, Anna Rasehorn

Stellenabbau nicht hinnehmbar!

Bei Premium Aerotec arbeiten hochmotivierte Fachkräfte, die in der Region dringend gebraucht werden. Sie dürfen der Region nicht verloren gehen. Schwabenweit ist die Luft- und Raumfahrt einer der wichtigsten Industrie- und Technologiezweige. Der Konzern plant, rund ein Drittel der Beschäftigten zu entlassen. Deswegen haben wir dem Betriebsratsvorsitzenden von Premium Aerotec, Sebastian Kunzendorf, ein Solidaritätsschreiben überreicht. Den geplanten Stellenabbau am Standort Augsburg nehmen wir nicht kampflos hin! Als SPD haben wir den Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat und aus der IG Metall unsere Hilfe und Unterstützung auf allen politischen Ebenen angeboten.

Gemeinsam mit MdL Harald Güller und Stadtrat Dirk Wurm habe ich Sebastian Kunzendorf (Vors. Betriebsrat Premium Aerotec) ein Solidaritätsschreiben überreicht

Anstelle des Kinderfriedensfestes: Infostand in der Annastraße

Diskussion "Politik in Coronazeiten"

Stolpersteinverlegung in Gersthofen

Politische Fahrradtour durch den Augsburger Westen

Bilder Seite 4: Ulrike Bahr, Volkmar Thumser

Politik im Biergarten

Eine gute Gelegenheit, mit den eigenen GenossInnen und Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen, sind sommerliche Treffs in Biergärten. In diesem Sommer war ich bei Ortsvereinen in Pfersee, Kriegshaber, der Hammerschmiede und Lechhausen (siehe Bild) zu Gast und habe über den Sozialstaat, die Corona-Hilfen und unseren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz diskutiert.

Zwei Dutzend Gäste waren der Einladung in den Biergarten gefolgt

Corona-Sommer-Tour

Die Sommerpause im parlamentarischen Betrieb in Berlin habe ich genutzt, um mich bei Unternehmen, Einzelhändlern und Einrichtungen in meinem Wahlkreis umzuhören, wie sie durch die Corona-Krise kommen. 22 Mal habe ich gefragt, ob etwas von dem Konjunkturpaket in Höhe von 218 Milliarden Euro vor Ort angekommen ist. Tatsächlich haben viele die Soforthilfen nutzen können oder MitarbeiterInnen in Kurzarbeit geschickt. Anregungen und Kritik habe ich mit nach Berlin genommen, wo wir weiterhin daran arbeiten, das Land aus der Krise zu führen. Ich war angetan von der Kreativität, mit der meine Gesprächspartner auf die Pandemiefolgen reagiert haben.

Kronthaler in Lechhausen

Schausteller Paul Ortner in Pfersee

Blumen-Gabriele im Stadtmarkt

Bei Philipp und Xaver Hörmann(-Reisen)

Carolin Ottilinger, Metzgerin in Pfersee

All-In-Tattoo in der Frauentorstraße

Friseursalon Imaj in Lechhausen

Bilder Seite 5: Angelika Lonnemann

Ulrike Bahr, MdB

Moria: Geflüchtete aufgenommen

Die Lage in Moria – und in vielen anderen Flüchtlingslagern - ist schon lange eine Schande für Europa und unser Asylsystem. Hier war schnelle Hilfe notwendig. Viele Länder und Kommunen waren bereit, Flüchtlinge aufzunehmen – allein Innenminister Seehofer hat sich dagegen gesperrt. Bereits Anfang September hatten wir uns im Rahmen der AG Migration an Innenminister und Kanzlerin gewandt, schnell einen spürbaren Beitrag zu leisten. Wegen der Katastrophe in Moria habe ich noch einmal zusammen mit weiteren 91 Abgeordneten der Bundestagsfraktion einen dringenden Appell an die Regierung unterzeichnet. Auf diesen Druck hin fiel dann Mitte September die Entscheidung, 1.553 Menschen, vorwiegend Familien, aus griechischen Lagern aufzunehmen.

Aber damit können wir uns nicht zufriedengeben. Deutschland muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um mit allem politischen Gewicht die Neuordnung des europäischen Asylsystems voranzutreiben, um diesen menschenunwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Das sind wir den Geflüchteten und der griechischen Bevölkerung schuldig!

2017: Besuch bei einer Familie aus Syrien in einer Flüchtlingsunterkunft in Königsbrunn

Grundrente kommt zum 1. Januar

Für die Grundrente haben wir über zehn Jahre gekämpft. Sie ist ein Kernversprechen der SPD und daher im Koalitionsvertrag verankert. Über ein Jahr lang haben wir mit der Union über Details zur Umsetzung verhandelt. Es war der Durchbruch: In der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause hat die Union ihren Widerstand aufgegeben. Damit war der Weg frei und wir konnten die Grundrente im Bundestag endlich beschließen. Die Rente ist für viele Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle. Dafür haben sie jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt. Viele von ihnen haben Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt. Und doch sind viele im Alter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Mit der Grundrente bekommen sie nun das, was ihnen zusteht: Respekt für ihre Lebensleistung - ohne Gang zum Sozialamt. Insgesamt werden 1,3 Millionen Menschen einen Zuschlag auf ihre Rente bekommen.

Fotoaktion vor dem Bundestag mit Michaela Engelmeier und Kerstin Griese

Viel Geld für viel Hilfe

Angesichts der Corona-Pandemie ist das Mantra von der „Schwarzen Null“ passé! Wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen diese große Herausforderung möglichst gut überstehen und unser Wirtschaftssystem nicht nachhaltig Schaden nimmt. Dabei profitieren wir von der verantwortungsvollen SPD-geführten Finanzpolitik der letzten Jahre und können viel Geld in die Hand nehmen, um die Wirtschaft zu stützen und die Beschäftigung zu sichern.

In der Krise steht nicht sparen sondern nachhaltig investieren an. Wir investieren dabei in alle Bereiche. 2021 sollen dafür rund 96 Milliarden Euro an Krediten aufgenommen werden. 55 Milliarden fließen direkt in Investitionen des Bundes in die Infrastruktur.

Der Sozialstaat mit seinen wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge wird deswegen nicht beschnitten, sondern muss erst recht gesichert werden, um die Auswirkungen dieser Pandemie für die Menschen erträglich zu gestalten.

Bilder Seite 6: Angelika Lonnemann, Bent Pollück

Desinfektion und Abstand: unter pandemiekonformen Bedingungen trafen wir uns zur Konferenz in Augsburg

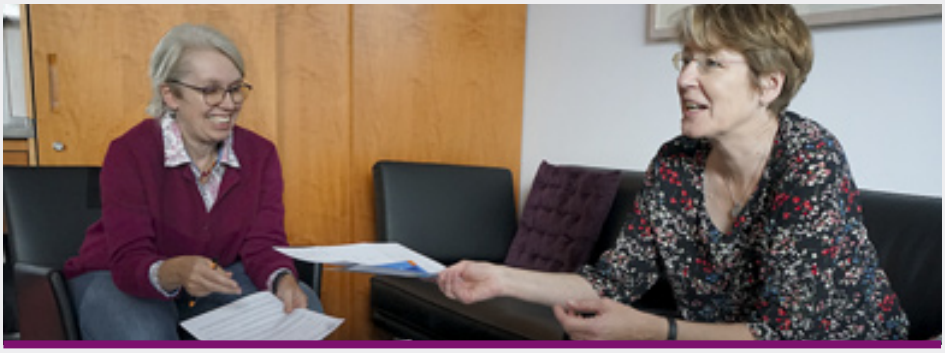
Fachkonferenz Kinder- und Jugendhilfe

Das Kinder- und Jugendhilferecht wird reformiert. Besserer Kinderschutz, wirksame und nachhaltige Hilfen für Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien und Heimen und Hilfen aus einer Hand für Kinder mit und ohne Behinderung sind zentrale Elemente des Vorhabens. Worüber in Berlin entschieden wird, wollte ich mich mit Experten aus Bayern austauschen, deswegen hatte ich zu meiner „Fachkonferenz Kinder- und Jugendhilfe“ nach Augsburg eingeladen. Für die Pläne von Familienministerin Giffey gab es viel Zustimmung, aber eine inklusive Umgestaltung weckt auch Befürchtungen. Es wird in jedem Fall eine Herausforderung, Behindertenhilfe und Jugendhilfe vor Ort zusammenzuführen. Dr. Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut in München stellte seine Forschungen zu Care Leavern vor, das sind junge Volljährige aus Pflegefamilien und Heimen, die früh und schnell selbstständig werden sollen und dabei mehr Rücksicht auf das individuelle Entwicklungstempo brauchen. Außerdem wurde zum Stand des Ombudschaftswesens für die Jugendhilfe in Bayern diskutiert, über Konzepte, Praxisbeispiele und die Pläne des Freistaats für Modellprojekte.

Die Reichstagskuppel leider ganz ohne Besuchergruppen

In der Arbeitsgemeinschaft Demokratie

Im Fraktiossaal der SPD-Fraktion



Mit der Büroleiterin in Berlin, Ruth Vornefeld, bei der Vorbereitung der Tagestermine

Sitzung der bayerischen Bundestagsabgeordneten

Bilder Seite 5: Angelika Lonnemann

Wirecard-Skandal: Lückenlose Aufklärung auch in Bayern

Die Bayerische Staatsregierung spielt bei der Wirecard-Aufklärung des milliardenschweren Skandals eine entscheidende Rolle. Die hierzu wichtigen Fragen kläre ich derzeit als haushaltspolitischer Sprecher. Wirecard beschäftigt nicht nur den Bund, sondern auch Behörden in Bayern. Denn die waren und sind für die Vorgänge mit zuständig. Aufgrund eines Lochs von 1,9 Milliarden Euro in der Bilanz ging der Zahlungsverkehrsanbieter mit Hauptsitz bei München in Insolvenz. Die Pleite war nach heutigem Kenntnisstand die Folge von Hochstapelei und Betrug der Verantwortlichen bei Wirecard.

Eins hat die betrügerische Praxis gezeigt: Die Kontrolle von großen Unternehmen muss neu organisiert werden. Dazu gehört, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Zoll mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Vor allem müssen Zahlungsdienstleister wie Wirecard künftig generell der Aufsicht durch die BaFin unterliegen. Mithilfe eines umfangreichen Maßnahmenpakets des Bundesfinanzministers wurden die ersten Schritte zur Aufklärung des Wirecard-Skandals und zur Veränderung der Strukturen eingeleitet. In Bayern habe ich das Thema parlamentarisch intensiv

Güller fordert von der Staatsregierung Aufklärung im Wirecard-Skandal

bearbeitet (Anfragen siehe Homepage harald-gueller.de). Aktuell sieht es wie folgt aus:

Strittig war die Zuständigkeit zwischen Land und Bund für die Geldwäscheaufsicht bei der Wirecard AG. Da sie nicht als Finanzholding eingestuft wurde, unterlag sie nicht der Geldwäscheaufsicht durch die BaFin. Nach dem Geldwäschegesetz wäre vielmehr der Freistaat Bayern zuständig gewesen. In Bayern ist – für mich völlig inakzeptabel – für die gesamten Regierungsbezirke Oberbayern und Niederbayern eine nur mit sieben Stellen ausgestattete Gruppe bei der Regierung von Niederbayern zuständig. Dort ging man Anfang des Jahres noch von einer Zuständigkeit für die Wirecard AG aus, offensichtlich aber ohne irgendetwas zu unternehmen. Dann, zu dem Zeitpunkt als die Firma in Insolvenz ging, hieß es aus dem Bayerischen Innenministerium plötzlich: Man sei doch nicht zuständig. Aktuell ist noch nicht geklärt, ob etwa die Spitze des Ministeriums in die Entscheidungen über die Zuständigkeit für die Wirecard AG eingebunden war und wer über den Vorgang Bescheid wusste.

Ähnlich unübersichtlich ist, was mit den einschlägigen Informationen, die Bayern vom Bund erhalten hat, geschah. Es gab eine Reihe von Hinweisen im Wirecard-Krimi. Die Staatsregierung hätte diese sehen können oder sogar müssen. Denn die Anti-Geldwäsche-Einheit beim Zoll hat bereits seit 2019 Verdachtsmeldungen zu merkwürdigen Transaktionen von Wirecard-Vorständen an die Staatsanwaltschaft bzw. das Landeskriminalamt in Bayern weitergegeben. Diese Hinweise scheinen aber nicht weiterverfolgt worden zu sein.

Wir bleiben an Wirecard dran! Denn die Staatsregierung ist uns, wie wir gesehen haben, noch eine ganze Reihe an Antworten schuldig. Es ist allerhöchste Zeit: Organisation und Schlagkraft der Geldwäscheaufsicht müssen in Bayern deutlich verbessert werden.

Mein Büroteam: Sandra Willadt, Annette Luckner, Marei Freund und Lara Hammer (von links)

Liebe Lara, herzlich willkommen!

Nachdem Karsten Lentge in Aichach bei der vhs eine äußerst interessante Stelle angenommen hat, haben wir die Abläufe im Büro umstrukturiert und ich darf Lara Hammer begrüßen. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin unterstützt sie mich bei meiner inhaltlichen Vorbereitung für die Tätigkeit im Landtag. Daneben begleitet sie zusammen mit Annette Luckner den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wichtiges Add-on: Lara ist wie ich glühender FCA-Fan. Mich freut es sehr, wieder montags Bundesligaergebnisse diskutieren zu können, wenn jetzt auch mit anderem Blickwinkel als bisher mit Gladbach-Fan Karsten. Ehrenamtlich ist Lara stellvertretende Juso- und stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Sie ist außerdem Mitglied im Unterbezirksvorstand der SPD Augsburg.

Bilder Seite 8: Katja Simmoleit, Harald Güller

Das Foulspiel der Staatsregierung

Das war ein langer Kampf. Die Staatsregierung hat es bei den Corona-Beschränkungen nicht geschafft Klarheit für den Amateur-Fußball und alle anderen „Kontaktsportarten“ zu schaffen. Die Hürden und Regeln waren unverhältnismäßig und nicht nachvollziehbar.

Seit dem Anfang der Beschränkungen im Sportbereich poche ich darauf, alle getroffenen Maßnahmen immer wieder zu überprüfen und anzupassen. Speziell habe ich mich für den Spielbetrieb im Amateurfußball stark gemacht. Ich bin parallel zu den Aktivitäten des Bayerischen Fußballverbandes und von „Team Sport-Bayern“ tätig geworden. Wir alle haben uns für die Wiederaufnahme des vollen Trainingsbetriebs für sämtliche Sportarten, aber insbesondere auch des Wettkampf- und Spielbetriebs mit Zuschauerinnen und Zuschauern eingesetzt. Selbstverständlich unter Beachtung der entsprechenden Hygienekonzepte. Unser Engagement hat sich

Güller kritisiert Vorgehensweise der Staatsregierung im Sportbereich

ausgezahlt: Der Ministerrat hat eingelenkt. Der Liga-Betrieb im Amateur-Fußball konnte am 19. September wieder starten. Meine Kritik an der Vorgehensweise bleibt aber bestehen: Die Entscheidung hätte viel früher getroffen werden müssen, dann hätten sich die Vereine und die vielen ehrenamtlich dort Tätigen, auch noch besser und vor allem mit weniger Zeitdruck vorbereiten können. Trotz alledem, ich freue mich für den Vereinssport und bin mir sicher, dass dort mit dem Thema verantwortungsvoll umgegangen wird.

Einen Kommentar zum „Lex-Söder-Prinzip“ kann ich mir aber nicht verkneifen: Das Krisenmanagement und die Corona-Strategie sind immer wieder mehr als fragwürdig. Im Mittelpunkt steht die Selbstvermarktung des Ministerpräsidenten. Maßnahmen werden verkündet, die Details zur Umsetzung liefern die Ministerien erst Tage später.

Ob die viel zu spät veröffentlichten Regelungen für den Schulbeginn oder das komplette Organisationsversagen bei der Teststrategie für heimreisende Urlauber: Großspurige und medienwirksame Ideen alleine reichen nicht, es muss gleichzeitig verständliche und nachvollziehbare Vorgaben zur Umsetzung geben! Nur so können wir bei den nötigen Beschränkungen im öffentlichen Leben die Menschen „mitnehmen“ und eine breite Mehrheit für die freiwillige Einhaltung der Regeln gewinnen.

Olaf Scholz Kanzlerkandidat? Ja!

Ich kenne ihn schon lange und bin überzeugt: Er ist der Richtige. Denn Deutschland braucht einen Kanzler, der entschlossen und erfahren ist. Als heutiger Finanzminister, der bereits Erster Bürgermeister Hamburgs und Minister für Arbeit und Soziales war, hat er nicht erst seit der Corona-Krise das Heft des Handelns fest im Griff. Seine unaufgeregte und rationale Art zeigt, dass er im Krisenmodus besonnen handelt und den Blick auf die Menschen trotz aller gesellschaftlicher Problemstellungen nicht verliert. Wenn wir uns als SPD einig sind und Olaf solidarisch unterstützen, dann sind das gute Voraussetzungen für das kommende Wahlkampfjahr und für den Einzug in das Kanzleramt.

In lockerer Runde auf der Bundesversammlung 2010 mit meiner Frau Anne

Bilder Seite 9: Harald Güller

Wir trauern um Brigitte Thurnwald

Über 25 Jahre hat Brigitte Thurnwald, die viele noch als Brigitte Egger kennen, für uns beide in unseren Abgeordnetenbüros gearbeitet. In ihrer Freizeit liebte sie es zu reisen, ihre Menschenkenntnis war eine ihrer herausragenden Eigenschaften. Brigitte hatte Humor und kannte die SPD in- und auswendig. Sie war eine Institution nicht nur in der Neusässer SPD. Leider wurde sie nur 69 Jahre alt.

In dankbarer Erinnerung
Willi Leichtle und Harald Güller

Abgeordnetenbüro Harald Güller
Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg
Telefon 0821 3193670
harald.gueller.sk@bayernspd-landtag.de
www.harald-gueller.de
www.facebook.com/haraldgueller

Kostenexplosion Staatstheater: die soziale fraktion fordert Aufschub

Die Sanierung des Staatstheaters führte in der Juli-Sitzung des Augsburger Stadtrates zu einem mehrstündigen Schlagabtausch zwischen dem Regierungslager und der Opposition. Nach aktuellen Kostenschätzungen sollen Sanierung und Neubau zwischen 284 und 321 Millionen Euro verschlingen.

Mit einem Dringlichkeitsantrag hatte die soziale fraktion die Stadtregierung aufgefordert, in der Juli Sitzung des Augsburger Stadtrates keine Entscheidung zu den jetzigen Planungen der Sanierung herbeizuführen. Der Stadtrat sollte stattdessen ein Moratorium (vertraglich vereinbarter Aufschub) zum Staatstheater beschließen.

Fraktionsvorsitzender Florian Freund: „Die aktuelle Kostenentwicklung fordert dringend eine neue Bestandsaufnahme und Überprüfung der gegenwärtigen Planungen. Jetzt eine Entscheidung zu treffen, mit dem Hintergedanken, wir rücken von den Planungen nicht mehr ab, koste es was es wolle, ist mit der sozialen Fraktion nicht zu machen. Augsburg kann sich ein Staatstheater von über 300 Millionen Euro nicht leisten!“

Dirk Wurm, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Die schlechtesten Entscheidungen sind die sogenannten alternativlosen! Was hier geschieht, ist kurzsichtige und gefährliche Basta-Politik à la Eva Weber. Wir stehen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Wirtschaft mit massiven Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze, unsere Schulen sind nicht fit für die Zukunft und der soziale Zusammenhalt leidet unter dem Rotstift der nächsten Jahre. Da 6,5 Mio Euro pro Jahr für die Sanierung des Staatstheaters auszugeben ist unverantwortlich!“

Es war abzusehen, dass bei diesem hoch emotionalen Thema der Stadtregierung ein Bürgerbegehren initiiert wird. Die SPD hat lange und intensiv darüber diskutiert, ob sie sich dem anschließen soll. Während der Fraktionspartner DIE LINKE dieses unterschrieben hat, wird die SPD das nicht tun, denn die Fragestellung des Bürgerbegehrens bedeutet einen absoluten Baustopp und zwar für beide Bauteile. Ein Stopp für den Bauteil 1 hätte gegebenenfalls für die Kostenentwicklung noch weitere fatale Folgen. Zudem hat sich die SPD in der Vergangenheit immer für das Große Haus am Kennedyplatz ausgesprochen. Des Weiteren wurden inzwischen für den Bauteil 1 bereits 40 Millionen Euro für die notwendige Sanierung investiert. An einem Moratorium für den 2. Bauteil halten wir dagegen fest und werden dies auch weiterhin einfordern.

Öffentlicher Nahverkehr ist der Verlierer

Den Augsburger Verkehrsbetrieben bleiben die Kunden weg. Bei den Augsburger Verkehrsbetrieben ist man aktuell bei 60 Prozent der Fahrgäste im Vergleich zu vor der Corona-Pandemie angelangt. Andere Städte weisen dagegen deutlich höhere Werte von 80 bis 90 Prozent auf. Florian Freund: „Der Vergleich zu anderen Städten zeigt sehr eindrucksvoll, dass in Augsburg nicht alles rund läuft. Fahrgäste können nur zurückgewonnen werden, wenn das Angebot und die Preise in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen. Für die Kunden ist es doch überhaupt nicht nachvollziehbar, dass die Stadtwerke ihre Taktung von Bus und Tram nach dem Lockdown noch immer nicht auf den 5-Minutentakt umgestellt haben. Der seit dem Lockdown bestehende 7,5-Minutentakt ist absolut kontraproduktiv. Vielleicht haben die Verantwortlichen die Bilder von überfüllten Trams und Bussen vor Augen und meinen dadurch nichts tun zu müssen. Es ist doch unverantwortlich und überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Augsburg die einzige Stadt in Bayern ist, in der die Taktung nicht hochgefahren wird. Die Äng-

Bilder Seite 10: Angelika Lonnemann

Digitalisierung an Schulen: Stadt hinkt hinterher

Den Regelbetrieb in Kitas und Schulen sicherzustellen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt, um bei einer sich abzeichnenden zweiten Welle an Corona-Infektionen das öffentliche und wirtschaftliche Leben aufrecht zu erhalten. Den Eltern und den SchülerInnen ist es nicht zuzumuten ein weiteres Mal im Homeschooling auf sich allein gestellt zu sein. Kindern und Jugendlichen fehlen im Falle eines solchen Schul- und Kita-Lockdowns soziale Kontakte und sie können das Verpasste oft nicht nachholen. Viele Eltern haben bereits beim ersten Schul- und Kita-Lockdown ihre Überstunden-, Urlaubs- und Gleitzeitkonten ausgereizt und dürfen kein zweites Mal für längere Zeit am Arbeitsplatz fehlen. Daher müssen die Schulen zuverlässig für alle SchülerInnen geöffnet bleiben.

Dennoch macht die Corona-Pandemie natürlich vor den Schulen nicht halt. Schon kurz nach dem Schulanfang wurden erste Corona-Fälle in Augsburger Schulen bekannt. Zwischenzeitlich wurden über etliche Klassen von Seiten des Gesundheitsamtes in Quarantäne geschickt. Hier muss die Stadt ihren Aufgaben endlich gerecht werden und das notwendige Material für LehrerInnen und SchülerInnen bereitstellen.

Offensichtlich hat die Bildungsreferentin Wild (Grüne) die Dringlichkeit der Lage unterschätzt. Die Beschaffung von Laptops für SchülerInnen, auf die unsere Fraktion bereits im Mai hingewiesen hat, verzögert sich nach aktuellen Schätzungen der Verwaltung bis in den November. Die Ausgabe der Geräte wird sich nach Einschätzung von Bildungsreferentin Wild noch bis in den Dezember ziehen. „Das ist viel zu spät, immerhin begleitet uns die Coronakrise seit März. Die Ausrede, dass sich die Beschaffung aufgrund der europaweiten Ausschreibung hinzieht, überzeugt in Krisenzeiten nicht“, so Tatjana Dörfler, bildungspolitische Sprecherin der sozialen Fraktion „Die Fördermittelzusage lag bereits im Mai vor und erlaubte ausdrücklich eine sofortige Beschaffung. Andere Kommunen haben ohne Verzug gehandelt – dort gab es die Ausstattung direkt zum Schulbeginn.“

Auf unsere Anfrage, ob SchülerInnen betroffener Klassen mit digitalen Endgeräten versorgt würden, antwortete die Bildungsreferentin: „... Grundsätzlich ist die Beschaffung derartiger Endgeräte für den Heimgebrauch von Seiten der Erziehungsberechtigten vorzunehmen“.

Frederik Hintermayr (Mitglied des Bildungsausschusses, stellv. Fraktionsvorsitzender) betont, dass „jetzt schnell und unbürokratisch die SchülerInnen, die Bedarf haben, mit Laptops ausgestattet werden müssen, sodass diese am eventuell wiederkehrenden Homeschooling vollumfänglich teilnehmen können. Es darf nicht sein, dass die SchülerInnen weniger Chancen auf gute Bildung und Ausbildung haben.“

ste der Kunden, sich in überfüllten Bussen und Straßenbahnen quetschen zu müssen und sich mit dem Covid-19 anzustecken sind enorm. Auch wenn die Experten behaupten, dass die Ansteckungsgefahr im Öffentlichen Nahverkehr eher gering ist, sind die Fahrgäste verunsichert, meiden den ÖPNV und steigen zum Teil lieber in den PKW.

Die SPD/DIE LINKE stehen im Gegensatz zur CSU und den Grünen für eine neue Verkehrspolitik. Um den individualisierten Nahverkehr zu reduzieren muss der ÖPNV attraktiver und günstiger werden. Dass den beiden Regierungsparteien nicht ernsthaft an einer Verkehrswende gelegen ist zeigt, dass beide für die verkorkste Tarifreform gestimmt haben. So kam es dazu, dass in diesem Sommer die Tarife für Bus und Tram erhöht und gleichzeitig die Gebühren der Augsburger Parkhäuser deutlich reduziert wurden.

Viele renommierte Verkehrsexperten sind sich mit der SPD/DIE LINKE einig, dass die Verkehrswende in Augsburg nur gelingt, wenn attraktive und bezahlbare Angebote geschaffen werden. Hierzu müssen zuallererst die ganzen Verschlechterungen, entstanden durch die Tarifreform, rückgängig gemacht werden. Zusätzlich muss dringend das bestehende Bus- und Tramnetz an die wachsende Stadt angepasst werden, so etwa die Einführung von Ringlinien. Ein weiterer wichtiger Bestandteil für einen nachhaltigen ÖPNV ist auch die Umsetzung unsere Forderung eines 365-Euro-Tickets.

SPD-Stadtratsfraktion
Rathausplatz 2, 86150 Augsburg
Telefon 0821 324-2150
info@spd-stadtrat-augsburg.de
www.spd-stadtrat-augsburg.de

Bilder Seite 11: Angelika Lonnemann

Angehörige von schwerbehinderten Kindern brauchen Entlastung

Eltern kennen das: Sie kümmern sich am Morgen vor dem Kindergarten oder der Schule, am Nachmittag und am Abend und – wenn es sein muss – auch in der Nacht um ihre Kinder. Bei behinderten Kindern ist das genauso, und doch – je nach der Schwere der Behinderung – ganz anders. Die Pflege ist aufwändiger, auch wenn die Kinder größer werden. Ein Elternteil ist oft den ganzen Tag im Einsatz, auch wenn zur Entlastung ein Pflegedienst kommt.

Besondere Kinder brauchen mehr Unterstützung

Mit der Pflege ihrer Kinder leisten die Eltern einen enormen Beitrag für eine menschliche Gesellschaft. Sie verdienen dafür Anerkennung, nicht nur in Worten. Auch nicht nur finanziell, etwa durch den steuerlichen Behindertenpauschbetrag, der jetzt endlich deutlich erhöht wird. Sie brauchen eine Entlastung, die ihnen zum Beispiel ermöglicht, auch einmal ohne das pflegebedürftige Kind Urlaub zu machen. Sie brauchen eine Absicherung für den Fall, dass sie selbst einmal krankheitsbedingt ausfallen.

Sowohl für schwerbehinderte Kinder als auch für Erwachsene, die häufig noch bei ihren Eltern leben, gibt es in Schwaben nur wenige Kurzzeitpflegeplätze, im Raum Augsburg bisher keine. Der Bezirk Schwaben bemüht sich, Partner für eine Kurzzeitpflegeeinrichtung für schwerstbehinderte Kinder in Augsburg zu finden und Pflege- und Krankenkassen mit ins Boot zu holen.

Wir freuen uns daher über die Unterstützung durch die soziale Fraktion im Augsburger Stadtrat, die die Planung und Umsetzung einer Kurzzeitpflegeeinrichtung im Raum Augsburg zusammen mit dem Bezirk beantragt hat. Dabei handelt es sich um eine zentrale Forderung aus dem Aktionsplan Inklusion, den der Augsburger Stadtrat 2019 beschlossen hat.

Als Behindertenbeauftragter des Bezirks kümmert sich unser Fraktionsmitglied Volkmar Thumser darum, dass die Realisierung der Pläne vorankommt.

Inklusionshotel einsmehr eröffnet

Im November hat das Hotel einsmehr auf dem Areal der ehemaligen Flak-Kaserne in Kriegshaber mit 73 Zimmern und ausreichend Parkplätzen für Autos und Fahrräder in der Tiefgarage eröffnet. Das barrierefreie Haus ist im Westhouse integriert, das Veranstaltungs- und Tagungsräume sowie ein Bistro anbietet. Das Besondere aber sind die Mitarbeiter, die unter der Leitung des Direktoren-Ehepaars Huerga-Kanzler arbeiten werden: Zwölf der 24 MitarbeiterInnen sind Menschen mit Behinderungen, die in dem Inklusionshotel Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben.

Volkmar Thumser: "Ich bin stolz auf unseren Verein einsmehr – Initiative Down-Syndrom, der das Projekt realisiert hat. Dabei hatte er viel Unterstützung aus der Gesellschaft, von seinen Mitgliedern, vielen Spendern, zahlreichen Künstlern, von der Stadt Augsburg und dem Bezirk Schwaben, den Sternstunden, der Aktion Mensch und dem Inklusionsamt. Es ist ein weiterer Schritt zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in Augsburg. Bereits jetzt strahlt das Projekt über das Hotel einsmehr und die Stadt Augsburg hinaus. An der Qualifizierung der Arbeitskräfte waren mehrere Augsburger Hotels und Gastronomiebetriebe beteiligt, die erstmals Menschen mit Behinderung beschäftigt haben. Liebe Augsburgerinnen und Augsburger, schaut euch das Hotel an, live in der Alfred-Nobel-Straße, bei Facebook oder unter www.hotel-einsmehr.de. Da könnt ihr auch Zimmer für den nächsten Besuch eurer Freunde und Verwandten in Augsburg buchen."

Stolz präsentieren sich die Mitglieder des Vereins einsmehr vor dem gleichnamigen Hotel in Kriegshaber

Bilder Seite 12: Martin Beck, © colourbox (oben)

SPD-Bezirkstagsfraktion Schwaben
Schaezlerstraße 13
86150 Augsburg
Telefon 0821 36766